Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2317**
15. Wahlperiode 09. 01. 2004

Fragen

für die Fragestunde der 85. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Januar 2004

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter **Helmut Lamp** (CDU/CSU)

Wie ist zu erklären, dass einerseits der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Klaus-Günther Biederbick, in einer Mitteilung vom November 2003 zum Konzept zur Neuordnung der ortsfesten logistischen Einrichtungen (OLE) den Personalstärke-Abbau mit 31 Bundeswehrangehörigen und 186 Zivilbediensteten des Marinedepots I Laboe bekannt gegeben hat, dass mir andererseits aber bei einem Informationsbesuch vor Ort die heutige Personalstärke mit insgesamt deutlich weniger als 200 Personen mitgeteilt wurde, und trifft es weiterhin zu, dass entgegen der in der oben bezeichneten Mitteilung dargestellten „signifikanten Reduzierung“ damit eine „moderate Anpassung“ beabsichtigt ist?

2. Abgeordneter **Helmut Lamp** (CDU/CSU)

Welche konkreten Planungen hat die Bundesregierung zur mittelfristigen (bis zum Jahr 2020) Verwendung und zum weiteren Ausbau des Marinedepots I Laboe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

3. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen wird nach Erkenntnissen der Bundesregierung die im Rahmen der von der Europäischen Kommission vorgelegten Europäischen Wachstumsinitiative (KOM(2003) 690 endgültig) zur Stärkung der Transeuropäischen Verkehrsnetze vorgesehene Baumaßnahme der Schienenverbindung Dijon–Mulhouse–Müllheim auf das zu erwartende Schienenverkehrsaufkommen auf der Rheintalbahnstrecke zwischen Basel und Karlsruhe haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

4. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Wo genau hat die Veranstaltung, zu der die Bundesregierung aus Anlass der Abschaltung des Atomkraftwerkes Stade mit Vertretern von Medien, Politik und Gesellschaft eingeladen hat, um über die „sich vollziehende Energiewende, das heißt den Ausstieg aus der Atomkraft und den Einstieg in eine zukunftsträchtige Energieversorgung“ zu informieren, stattgefunden (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Rainer Baake, vom 16. Dezember 2003, auf meine schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 15/2272), und nach welchen Kriterien wurden die über 200 Personen eingeladen?

5. Abgeordneter **Thomas Strobl (Heilbronn)** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Sachverhalt, dass bei einer solchen „Informationsveranstaltung“ nach ihren Angaben 12 500 Euro für Künstlerhonorare und Technik, 1 760,54 Euro für Reisekosten sowie 8 520,03 Euro an Honoraren für Agentur, Personal, Raummiete und sonstige Technik entstanden sind (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Rainer Baake, vom 16. Dezember 2003, auf meine schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 15/2272)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Wie unterscheidet sich nach Ansicht der Bundesregierung eine geplante Elite-Universität von einer bereits heute bestehenden Hochschule?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung zur Durchführung des „Bundespressegipfels“ (Skirampe in der Nähe des Bundeskanzleramtes zwischen der Schweizer Botschaft und der Spree), der Fortsetzung der im Sommer sehr erfolgreichen Ich-AG „Bundespressestrand“, für die notwendige Investitionen bereits getätigt wurden, und trifft es zu, dass die Haltung der Bundesregierung ausschlaggebend für die Absage des Projekts durch die Senatsverwaltung gewesen ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Welche EU-Agenturen sind derzeit neben den neuen auf dem Europäischen Rat von Brüssel (12./13. Dezember 2003) beschlossenen zur Gründung in der Diskussion?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

9. Abgeordnete **Tanja Gönner** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung durch die Risikoprüfung für private Krankengeldversicherungen bzw. private Krankenversicherungen eine Benachteiligung für behinderte Menschen, und wenn ja, wie könnte hier Abhilfe geschaffen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

10. Abgeordneter **Jens Spahn** (CDU/CSU)

In welchem Umfang kommen nach Kenntnis der Bundesregierung die Kliniken der Verpflichtung nach dem Transplantationsgesetz nach, jeden Hirntoten, der als potentieller Organspender in Frage kommt, an die zuständigen Stellen zu melden, und wie bewertet die Bundesregierung die derzeitige Meldepraxis?

11. Abgeordneter
Jens
Spahn
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der erweiterte Bewertungsausschuss der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Spitzenverbände der Krankenkassen, der im Dezember 2003 den neuen Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) für den kalkulatorischen Arztlohn (EBM2000Plus) verabschiedet hat, keinen eigenen EBM für Kinder- und Jugendärzte vorgesehen hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen?

12. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(fraktionslos)

Wie hoch ist die durchschnittliche monatliche finanzielle Belastung eines Krebspatienten, der sich einer ambulanten Chemotherapie unterziehen muss und der nicht als chronisch krank gilt, und welches Krankheitsstadium muss ein Krebspatient erreichen, damit er als chronisch krank eingestuft wird?

13. Abgeordnete
Dr. Gesine
Lötzsch
(fraktionslos)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtsposition von Augenärzten, die die Verschreibung einer Sehhilfe (Brille oder Kontaktlinsen) privat abrechnen wollen?

14. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos)

Wie viele Anfragen und Beschwerden sind bei der Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel, bezüglich des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung eingegangen, und auf welche konkreten Problemstellungen bezogen sich diese?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

15. Abgeordnete
Kristina
Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Wie schätzt die Bundesregierung die sozialen Belastungen ein, die die vom Bundesminister des Innern, Otto Schily, angekündigte Verlegung zentraler Bereiche des Bundeskriminalamts (BKA) von Wiesbaden nach Berlin für die betroffenen Mitarbeiter bedeutet, und welche Rolle haben soziale Gesichtspunkte bei der Entscheidung für eine Verlegung gespielt?

16. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welche Ausgleichs- und Übergangsregelungen plant die Bundesregierung für die Mitarbeiter und ihre Familien, die im Zuge der geplanten Verlegung zentraler Bereiche des BKA von Wiesbaden nach Berlin umziehen müssen, und wie sollen entsprechende Maßnahmen finanziert werden?

17. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Ist der am 7. Januar 2004 vom Bundesministerium des Innern (BMI) verkündete Umzug nach Berlin für die Zusammenfassung aller operativen und ermittlungsgestützten Organisationseinheiten des BKA die kostengünstigste Lösung mit der geringstmöglichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit des BKA, und wird die Bundesregierung dauerhaft an zwei BKA-Standorten festhalten?

18. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Ist – etwa durch verlässliche Vereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen – sichergestellt, dass der am 7. Januar 2004 vom BMI verkündete Umzug des BKA durch Aufstockung der Mittel für das BKA, nicht aber im Rahmen der bisherigen Finanzausstattung und damit zu Lasten der Sicherheitsarbeit des BKA finanziert wird, und plant die Bundesregierung zudem eine Verlegung des Bundesamtes für Verfassungsschutz von Köln in die Bundeshauptstadt?

19. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Welche konkreten Unzulänglichkeiten und Mängel in der Arbeit des BKA führen mehr als zwei Jahre nach dem 11. September 2001 dazu, dass die Schließung des Standortes Meckenheim und der Umzug nach Berlin trotz der damit verbundenen immensen Kosten und der gravierenden negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Familien sowie die Stadt Meckenheim und das Umland als grundsätzlich notwendig und zudem so dringend erachtet wird, dass sogar ein doppelter Umzug (vorläufige Unterbringung in Berlin bis die endgültige Liegenschaft zur Verfügung steht) in Kauf genommen wird?

20. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten der geplanten Schließung des Standortes Meckenheim und der Teilschließung des Standortes Wiesbaden des BKA unter Berücksichtigung des Bezuges der angekündigten vorläufigen Unterbringung in Berlin, der Errichtung der ge-

planten Gesamtunterbringung sowie des Umzuges der Einrichtung und der Mitarbeiter mit ihren Familien?

21. Abgeordnete **Petra Pau** (fraktionslos)

Wie viele antisemitische Straftaten wurden im dritten Quartal 2003 in der Bundesrepublik Deutschland begangen, und wie viele Opfer dieser Straftaten gab es?

22. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen will der Bundesminister des Innern, Otto Schily, die Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft 2006 nach Berlin verlegen, obwohl das Eröffnungsspiel in München ausgetragen wird (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 20./21. Dezember 2003), und wie hoch sind die dadurch entstehenden Kosten?

23. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Aus welchen Haushaltstiteln will die Bundesregierung, falls die Eröffnungsfeier in Berlin stattfindet, diese finanziell unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

24. Abgeordnete **Hannelore Roedel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass Auszubildende der deutschen Agenturen für Arbeit mit Billigung der Bundesagentur für Arbeit (BA) regelmäßig mit einem Dienstwagen zu ihren Seminaren gebracht werden, um Kosten zu sparen, und wenn ja, wurden in die Vergleichsberechnung zwischen Dienstwagen- oder öffentliche Verkehrsmittelnutzung auch die Personalkosten für die Fahrer eingerechnet?

25. Abgeordnete **Hannelore Roedel** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten, die für öffentliche Verkehrsmittel bzw. Dienstwagen inklusive der Kosten für die Fahrer aufgewendet werden müssen?

26. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Welche Kosten verursachen die aktuellen Ausschreibungen der BA bzw. der Landesarbeitsämter zur Durchführung von Maßnahmen nach § 37a bzw. § 48 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (z. B. durch Abordnung von Mitarbeitern aller Agenturen für Arbeit zur Auswertung der Angebote, Anmietung von gesonderten Räumlichkeiten für diese Auswertung, Versendung aller notwendigen Unterlagen, Bearbeitung der Bieteranfragen)?

27. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Inwiefern hält die Bundesregierung die Ausschreibungen im Bereich des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt/Thüringen angesichts der jeweiligen gewählten Losgrößen für gesetzeskonform, etwa hinsichtlich der „Mittelstandsklausel“ des § 5 Nr. 1 der Verdingungsordnung für Leistungen/Teil A?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333